

„Das würde unerträglich“

WEIDENAU

Kinder- und Jugendpsychotherapeuten bangen um genügende Versorgung

pebe ■ Krisen gibt es nicht nur im Leben eines Erwachsenen. Krisen sind auch für Kinder ein dunkler Schatten auf ihrem Weg, oft auch eine handfeste Bedrohung ihrer seelischen Gesundheit. Sie erleben eine Existenzbedrohung, wenn die Eltern sich trennen. Sie leiden unter Missachtung und Misshandlung. Sie hungern nach Liebe oder stopfen ihre Unsicherheiten in sich hinein. Wenn sie niemanden haben, der sie durch schwere Zeiten hindurch begleitet und mit ihnen Wege hinaus findet, können sie dauerhaft großen Schaden nehmen. Oft reicht das wertschätzende Ohr Erwachsener nicht, dann sind professionelle Helfer nötig: Kinder- und Jugendpsychotherapeuten.

„Etwa fünf Prozent der Kinder in Deutschland haben neuesten Erhebungen zufolge behandlungsbedürftige psychische Störungen, da sind die Krisen nicht mitgerechnet“, weiß Heribert Kellnhöfer. „Acht bis 15 Prozent der Kinder zeigen psychische Auffälligkeiten, Ängste, Störungen im Sozialverhalten, Depressionen.“ Aber nur 2,5 Prozent der behandlungsbedürftigen Kinder seien auch in Behandlung. Kellnhöfer ist analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut und sorgt sich um die qualitative therapeutische Versorgung der Kinder und Jugendlichen, die bei seinen Kollegen und ihm Hilfe suchen, aber lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Was dem Weidenauer Therapeuten die Sorgenfalten auf die Stirn treibt, ist ein Gesetzentwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium. Genauer gesagt, ein ihn und seine Kollegen betreffender Anhang zum „Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur in der gesetzlichen Krankenversicherung“, kurz und kryptisch „GKV-OrgWG“ genannt. Darin sollen Änderungen im fünften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB V) beschlossen und durchgeführt werden. Die darin geplanten Änderungen von Paragraph 101, Abs. 4 („Übersorgung“) bringen Kellnhöfer, der u. a. Vertreter der Kinder- und Jugendtherapeuten im Fachausschuss für Psychotherapie der Kassenärztlichen

Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe ist, auf die Palme.

Denn im „GKV-OrgWG“ soll der Versorgungsanteil mit Kinder- und Jugendpsychotherapeuten auf zehn Prozent der

Entwurf im Herbst in den Ausschüssen sicher noch „heiß diskutiert“. Bislang gilt im SGB V „bis zum 31. Dezember 2008“, dass 40 Prozent „der allgemeinen Verhältniszahl den überwiegend oder ausschließlich psychotherapeutisch tätigen Ärzten sowie den Psychotherapeuten vorbehalten ist“. Der Änderungsentwurf dagegen will bis 31. Dezember 2013 20 Prozent psychotherapeutisch tätige Ärzte und zehn Prozent Kinder- und Jugendpsychotherapeuten festschreiben.

Nun hat auch die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Malu Dreyer auf Lücken bei der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen hingewiesen. Jeder fünfte niedergelassene Psychotherapeut, forderte sie in einer Pressemitteilung, müsse den Schwerpunkt Kinder und Jugendliche haben. Rheinland-Pfalz habe deshalb im Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative gestartet.

Sieben Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gibt es in Siegen, eine in Hilchenbach. „Die decken die Versorgung hier zwar formal ab“, nickt Kellnhöfer, „noch haben wir aber viel zu lange Wartezeiten.“ Das werde von den Krankenkassen jedoch bestritten. Auch gebe es viele andere Therapeuten, auf die die Krankenkassen per „Kostenerstattungsverfahren“ im Bedarfsfall zurückgriffen. Dies hält Kellnhöfer aber für nicht verantwortlich: „Die haben nicht das zwölfsemestrige Studium wie wir, können aber teilweise mehr abrechnen.“ Einen großen Anteil der Arbeit machten zudem mittlerweile Krisengespräche aus, spontan zustande gekommen, zusätzlich zur Therapiearbeit, Tendenz steigend. „Wenn ich mit einem akut suizidalen Kind in einer Krise 50 Minuten arbeite, bekomme ich dafür 7,93 Euro. Eine unangemessene, unwürdige Bezahlung.“

Wenn Störungen nicht früh genug behandelt würden, dann könnten sie chronisch werden und bis ins Erwachsenenalter dauern – auch volkswirtschaftlich von Bedeutung, rechnet der Therapeut vor: „Wenn man früh genug behandelt, spart das bis zu 100 000 Euro Folgekosten.“



Der Therapeut Heribert Kellnhöfer sorgt sich um die ausreichende Versorgung therapiebedürftiger Kinder und Jugendlicher. Foto: pebe

Praxissitze festgelegt werden. „Das würde eine unerträgliche Situation“, so Kellnhöfer, „schließlich liegt die Zahl der Kollegen derzeit bundesweit schon bei 13 Prozent.“ Und das, meint er, sei noch zu wenig, denn die kleinen Klienten müssten Wartezeiten zwischen einem halben und einem Jahr in Kauf nehmen, bevor sie ihre Therapie beginnen können. Je nach Landstrich oder Stadt müssten es sogar 20 Prozent sein, fordert er. Mittlerweile hat nicht nur sein Berufsverband, die Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, gegen die Pläne protestiert. Auch die Bundespsychotherapeutenkammer kritisiert die Planungen.

Die SZ fragte im Bundesgesundheitsministerium nach dem Stand der Dinge. Die erste Lesung des Gesetzes war am 19. Juni, hieß es dort. Allerdings werde der